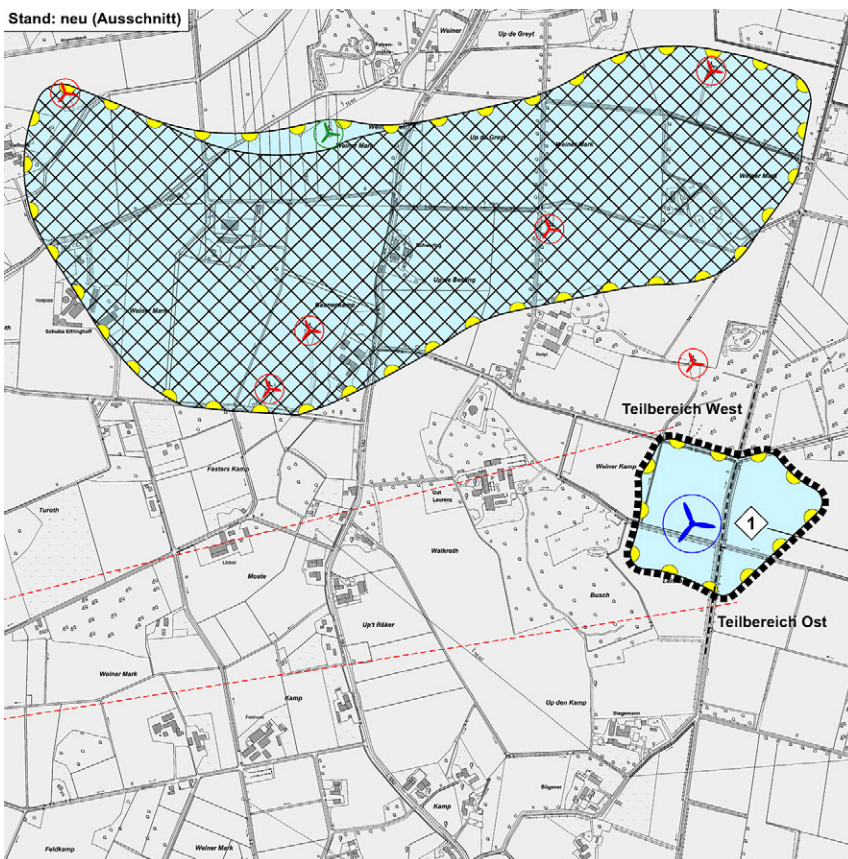


Begründung  
Entwurf

Stand: öffentliche Auslegung

Stadt Ochtrup



1	Planungshintergründe / Planungsziel	2	<b>Inhaltsverzeichnis</b>
2	Überörtliche Planungsvorgaben	5	
3	Landschaftsplanung	6	
4	Planungsrechtlicher Stand FNP	7	
5	Inhalt der 1. Änderung des STFNP Wind	10	
6	Erschließung	11	
7	Auswirkungen der Planung	11	
8	Umweltbericht	12	
8.1	Einleitung	12	
8.2	Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands und der erheblichen Umweltauswirkungen der Planung während der Bau- und Betriebsphase	15	
8.2.1	Schutzgut Mensch	15	
8.2.2	Schutzgut Biotoptypen, Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt	16	
8.2.3	Schutzgut Fläche	18	
8.2.4	Schutzgut Boden	19	
8.2.5	Schutzgut Wasser	20	
8.2.6	Schutzgut Luft- und Klimaschutz	21	
8.3	Schutzgut Landschaft	22	
8.3.1	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	22	
8.3.2	Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern	23	
8.4	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung	23	
8.5	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	24	
8.6	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	24	
8.7	Beschreibung der erheblich nachteiligen Auswirkungen gemäß der zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen einschließlich notwendiger Maßnahmen zur Vermeidung/ Ausgleich	25	
9	Zusätzliche Angaben	26	
9.1	Datenerfassung	26	
9.2	Anforderungen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel	26	
9.3	Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen	26	
9.4	Monitoring	27	
10	Zusammenfassung	27	
11	Referenzliste der Quellen	29	

Anhang

## **1 Planungshintergründe / Planungsziel**

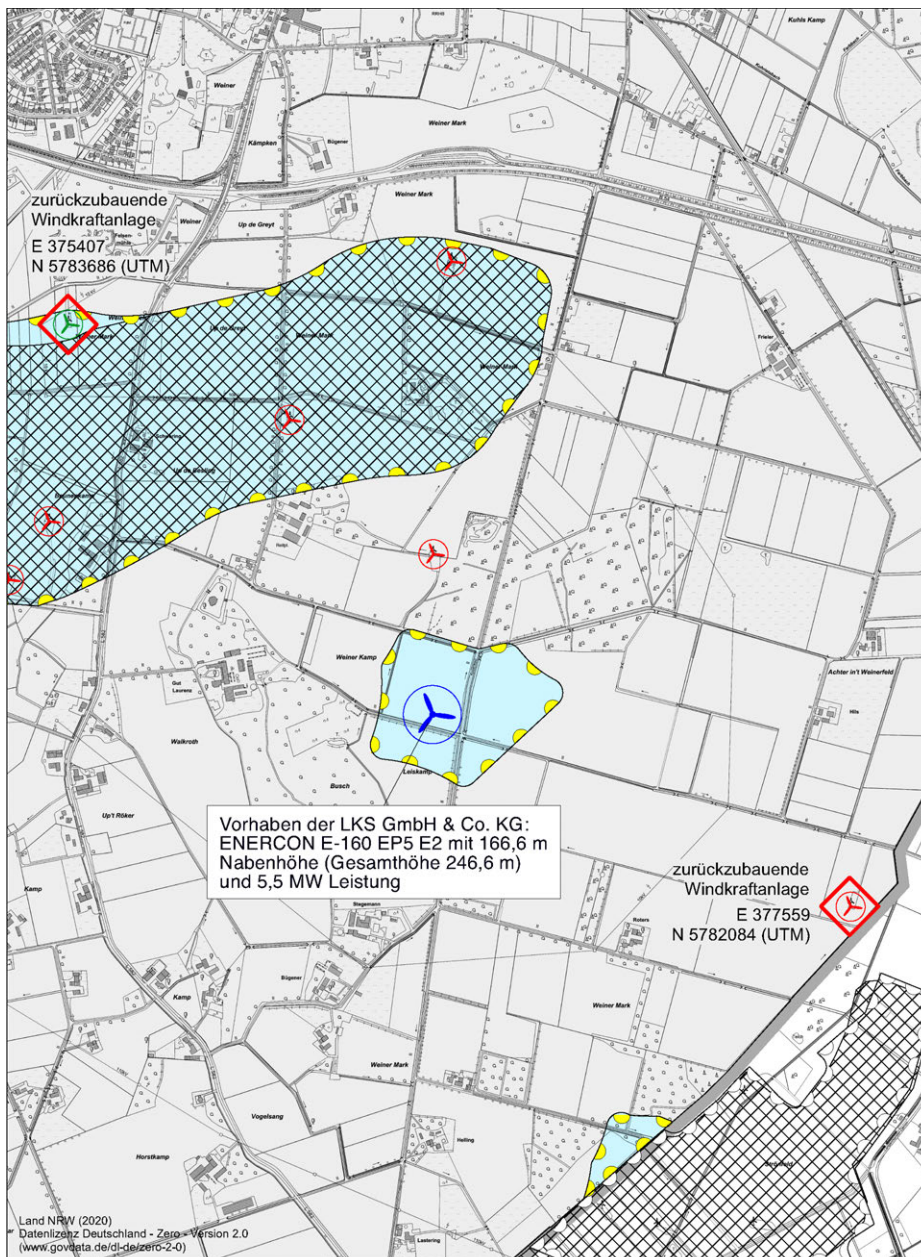
Seit 2016 steuert die Stadt Ochtrup die Windenergienutzung im Stadtgebiet räumlich durch 5 Konzentrationszonen (und eine flächenmäßig unbedeutende Erweiterung einer Konzentrationszone auf dem Gebiet der Nachbargemeinde Metelen). Dazu wurde gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ein Sachlicher Teil-Flächennutzungsplan „Windenergie“ (kurz STFNP Wind) aufgestellt. Grundlage dieser Planung war die Ermittlung harter und weicher Tabukriterien, die in einem politischen Abwägungsprozess im Umkehrschluss zu Flächen geführt haben, die für die Errichtung von Windkraftanlagen im Sinne des § 35 Abs. 2 Nr. 5 BauGB (privilegierte Windkraftanlagen) besonders geeignet sind.

Der Stellenwert der regenerativen Energien hat vor dem Hintergrund der Klimaschutzbestrebungen national wie international deutlich zugenommen. Der technische Fortschritt in der Entwicklung möglichst effizienter Windkraftanlagen hat dazu geführt, dass die Errichtung dieser Anlagen auch im Binnenland wirtschaftlich ist und beachtliche Mengen regenerativen Strom erzeugt werden kann, dem auch ein ständig steigender Bedarf aufgrund der grundlegend veränderten Versorgungsstrukturen gegenübersteht.

Die Nutzbarkeit der durch die Stadt Ochtrup festgelegten Konzentrationszonen, die bekanntlich mit einer Ausschlusswirkung außerhalb verbunden sind, ist weitgehend erschöpft. Insbesondere die Zone ST 61 im Süden der Ortslage Ochtrup bietet aufgrund der Ortsnähe keine Möglichkeiten mehr, moderne Windkraftanlagen ohne Einschränkungen zu betreiben. Ein Großteil dieser Zone liegt näher als 1.000 m an der benachbarten Wohnbebauung.

Ein konkret ausgearbeitetes Repoweringvorhaben verschiedener örtlicher Landwirte und Anwohner aus der Weinerbauerschaft (LKS GmbH & Co. KG Ochtrup-Weiner) ist nun bestrebt, die nördlichste Windkraftanlage in der Konzentrationszone ST 61 sowie eine heute außerhalb der Konzentrationszone an der Stadtgrenze zu Metelen betriebene Anlage zur Verbesserung der Immissionssituation abzubauen und eine neue, leistungsstärkere Anlage neu zu errichten. Dies soll jedoch zur Gewährleistung optimaler Immissionsabstände ca. 750 m südöstlich außerhalb der Konzentrationszone geschehen.

Das für diese 1. Änderung des STFNP Wind auslösende Vorhaben wird auf der folgenden Seite dargestellt, wobei die technischen Angaben hier lediglich nachrichtlich wiedergegeben sind und kein Regelungsgegenstand des STFNP sind.



Der in Rede stehende Standort war bereits bei der Ermittlung von Potenzialflächen zur Darstellung von Konzentrationszonen im Jahr 2016 nicht von den damals definierten Tabukriterien betroffen (eine sogenannte „Weißfläche“). Im Rahmen der Einzelfallprüfung („dritte Prüfstufe“ nach den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts zur Ermittlung von Konzentrationszonen, BVerwG, Urteil vom 13.12.2012, 4 CN 1.11) wurde als entgegenstehender (konkurrierender) Belang eine artenschutzfachliche Annahme eines dort zu verortenden Vogelflugkorridors der Großen Brachvögel (kleinräumiger Austausch zwischen dem NSG Ströfeld und dem NSG Brechte mit dem NSG Weiner Mark als „Trittsstein“) in der Planung von Konzentrationszonen berücksichtigt.

Diese Annahme hat sich im Nachhinein jedoch nicht bestätigt und wurde durch die zuständige Biologische Station durch Schreiben vom 16.04.2016 und entsprechend vertiefende artenschutzfachliche Prüfungen im Rahmen der Erarbeitung von Genehmigungsunterlagen widerlegt bzw. korrigiert. Nach dem heutigen Kenntnisstand sind Standorte westlich des Küperweges (durchschneidet den Änderungsbereich in Nord-Süd-Richtung) artenschutzfachlich unproblematisch. Flächen östlich des Küperweges bedürfen hingegen einer gesonderten Prüfung im Rahmen des immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Dort ist dann mit Höhenbeschränkungen und/oder Abschaltzeiten zu rechnen.

Aufgrund der Tatsache, dass ein konkurrierender Belang nunmehr eine neue räumliche Auswirkung hat, entsteht ein Planungserfordernis. Das Repoweringvorhaben in der Weiner Mark bedarf einer Neubewertung, da die Ausschlusswirkung **unter Beibehaltung aller abgewogenen Kriterien und Einzelbelange** am beantragten Standort objektiv nicht mehr vorhanden ist. Es wird daher eine 1. Änderung des STFNP Wind angestrebt, ohne das zugrundeliegende städtebauliche Gesamtkonzept zu verändern. Ziel ist die Erweiterung der vorhandenen Konzentrationszonen um konfliktfreie Flächen im Sinne des bisherigen Konzeptes.

Die Änderung beschränkt sich auf einen Bereich, für den im Rahmen der Genehmigungsplanung für jedes öffentliche Interesse (z.B. Lärm, Schattenwurf, Artenschutz, Verortung und Sicherung von Ausgleichsmaßnahmen bis hin zur Streckenprüfung für die Transportleistungen in der Bauphase) nachgewiesen worden ist, dass eine Errichtung genehmigungsfähig ist.

## 2 Überörtliche Planungsvorgaben

- **BauGB-Ausführungsgesetz NRW**

Mit Datum vom 15.07.2021 ist das „Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen“ (BauGB-AG NRW) in Kraft getreten. Dieses Landesgesetz beruht auf der in § 249 Abs. 3 BauGB enthaltenen Ermächtigung, einen pauschalen Wohnvorsorgeabstand von maximal 1.000 m zu definieren. Das BauGB-AG NRW definiert insbesondere, auf welche wohngenutzten Gebäude sich dieser Vorsorgeabstand bezieht.

Für die vorliegende 1. Änderung hat diese neue gesetzliche Regelung keine Relevanz, da

- der Abstand von 1.000 m zu den im Gesetz definierten wohngenutzten Gebäuden (im Wesentlichen zusammenhängende Wohnsiedlungsbereiche) eingehalten wird und
- § 2 Abs. 2 des BauGB-AG NRW bestimmt, dass dieser Mindestabstand ohnehin nicht zu berücksichtigen ist, da die Stadt Ochtrup über einen Flächennutzungsplan mit Darstellungen für Zwecke des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (landläufig als „Konzentrationszonen“ bezeichnet) verfügt. Von der Wirksamkeit dieser Planung ist auszugehen.

- **Landesplanung**

Die angestrebte Erweiterung der Konzentrationszone entspricht dem Grundsatz 10.1.1 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP). Demnach soll sich die Energieversorgung an den Potenzialen erneuerbarer Energien orientieren. Im Grundsatz 10.1-3 wird von der Bauleitplanung ausdrücklich verlangt, geeignete Standorte für die Energieerzeugung festzulegen. Die Eignung des Änderungsbereichs ergibt sich schon aus der Tatsache, dass hier keine entgegenstehenden Tabukriterien ermittelt werden konnten. Von der Wirtschaftlichkeit und einer hocheffizienten Nutzung der Energiequelle Wind kann angesichts der angestrebten Größe und Leistungsklasse der Windkraftanlage ausgegangen werden. Die Grundsätze 10.2-3 (Abstand von Flächen für Windenergieanlagen) sowie 10.2-4 (Windenergienutzung durch Repowering) werden vollständig berücksichtigt.

- **Regionalplanung**

Gemäß dem Regionalplan Münsterland befindet sich der Änderungsbereich im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, der hier überlagert wird von der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Diese zeichnerische Zielsetzung stellt keinen Widerspruch zu einer Nutzung durch Windkraftanlagen dar. Der Regionalplan selbst überlagert große Windenergiebereiche (z.B. unmittelbar anschließend in Metelen oder in Steinfurt). Im Rahmen der kon-

kreten Genehmigungsplanung wird der Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ermittelt, bewertet und eine Kompensation festgesetzt. Im Fall der dieser Änderung zugrunde liegenden konkreten Standortplanung erfolgt dies durch Anlage eines Waldrandes, zu der mittlerweile ein positiver Bescheid durch den Landesbetrieb Wald und Holz NRW vom 27.07.2021 vorliegt. Eine Einschränkung der Erholungseignung ist ebenfalls nicht zu befürchten. Der durch das Gebiet verlaufende Radweg bleibt unverändert bestehen. Eine Vorprägung durch benachbarte Windkraftanlagen ist ohnehin gegeben.

Eine Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen des Sachlichen Teilplans Energie zum Regionalplan Münsterland ist gegeben. Ziel 2 beschreibt die Möglichkeit, auch außerhalb der regionalplanerischen Windeignungsbereiche entsprechende Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan darzustellen, wobei hier die Allgemeinen Freiraum und Agrarbereiche sowie die Bereiche zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung ausdrücklich genannt werden.

Der Grundsatz 2, die Belange des Landschaftsbildes und der raumbedeutenden Kulturlandschaftsbereiche zu berücksichtigen, wird insofern bedachtet, als hier eine Vorprägung vorhanden ist und eine Ersatzgeldermittlung gemäß Windenergieerlass für den unvermeidbaren Eingriff in das Landschaftsbild erfolgt ist.

Die in Grundsatz 3 geforderte verstärkte Möglichkeit des Repowering ist schlussendlich Auslöser für diese FNP-Änderung. Im konkreten Fall werden zwei Anlagen abgerüstet.

### **3      Landschaftsplanung**

Ein rechtskräftiger Landschaftsplan besteht für den Änderungsbereich nicht. Natura-2000-Gebiete befinden sich in einer Entfernung von über 1.500 m. Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind im Änderungsbereich und seiner unmittelbaren Nähe (< 500m) nicht vorhanden.



#### 4 Planungsrechtlicher Stand FNP

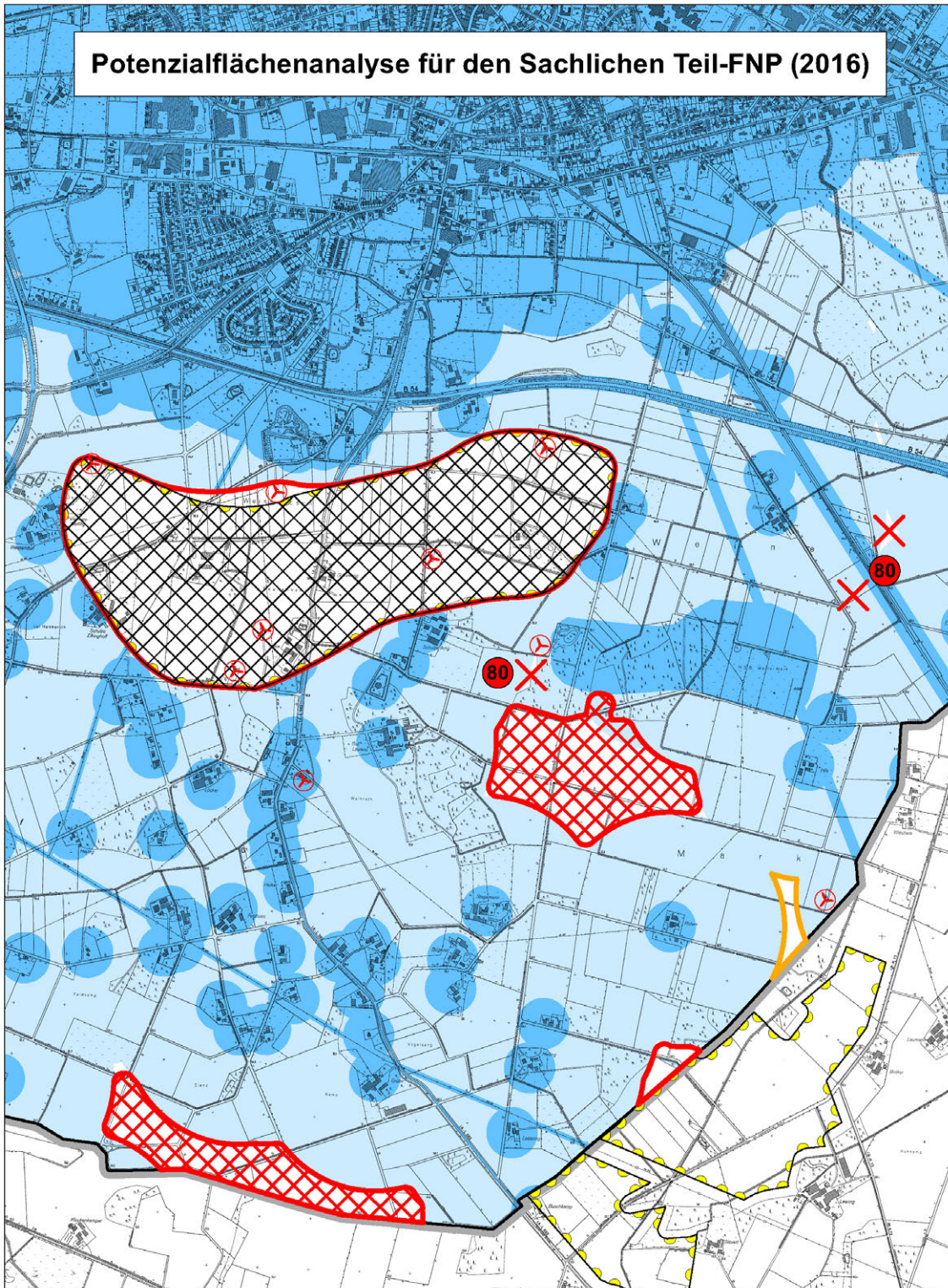
Die Stadt Ochtrup ist bestrebt, einem Wildwuchs von Windkraftanlagen entgegenzuwirken und hat daher im Jahr 2016 eine Potenzialflächenanalyse erarbeiten lassen, um die Windenergienutzung auf möglichst konfliktarmen Standorten zu konzentrieren. Dieses städtebauliche Gesamtkonzept mit gleichmäßig angewandten Tabukriterien wurde Grundlage für den STFNP Wind. Das damals zugrunde gelegte Kriterienmodell gilt unverändert fort, auch wenn durch die Rechtsprechung mittlerweile veränderte Maßstäbe gesetzt worden sind. Die Planung der Stadt Ochtrup wurde jedoch weder einer Normenkontrolle unterzogen, noch wurde sie gerügt. Da auch keine offenkundigen formalen Fehler (z.B. in der Art der Bekanntmachung) vorliegen, bleiben die damals angelegten materiellen Aussagen gültig.

Auf den beiden folgenden Abbildungen ist die den Konzentrationszonen zugrunde liegende Potenzialflächenanalyse in einem relevanten Ausschnitt wiedergegeben. Es ist erkennbar, dass der Änderungsbereich (siehe Plandarstellung dieser 1. Änderung des STFNP Wind) frei von Tabueinschätzungen war (hellblaue und dunkelblaue Färbung). Lediglich die rote Schraffur, die auf einen artenschutzfachlichen Konflikt verweisen soll, stand der Zonendarstellung entgegen. Auch die 2016 zugrunde gelegte Mindestgröße für eine Konzentration wird eingehalten (Größe des Änderungsbereichs: 18,5 ha, angenommene Mindestgröße für eine Konzentration: 15 ha). Das konkrete Bauvorhaben mit einer Nennleistung von 5,5 MW unterstreicht die hier tatsächlich mögliche Leistungskonzentration.

Mit dem dieser Änderung zugrunde liegenden konkreten Vorhaben wurden bereits im Vorfeld vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt. Im konkreten Fall wurde nördlich der in Rede stehenden Fläche innerhalb eines Waldgebietes ein Biotop für Waldschnepfen angelegt. Da im städtebaulichen Gesamtkonzept des STFNP Wind Biotope als weiches Tabu gewertet worden sind, wurde auch diese Darstellung aktualisiert.

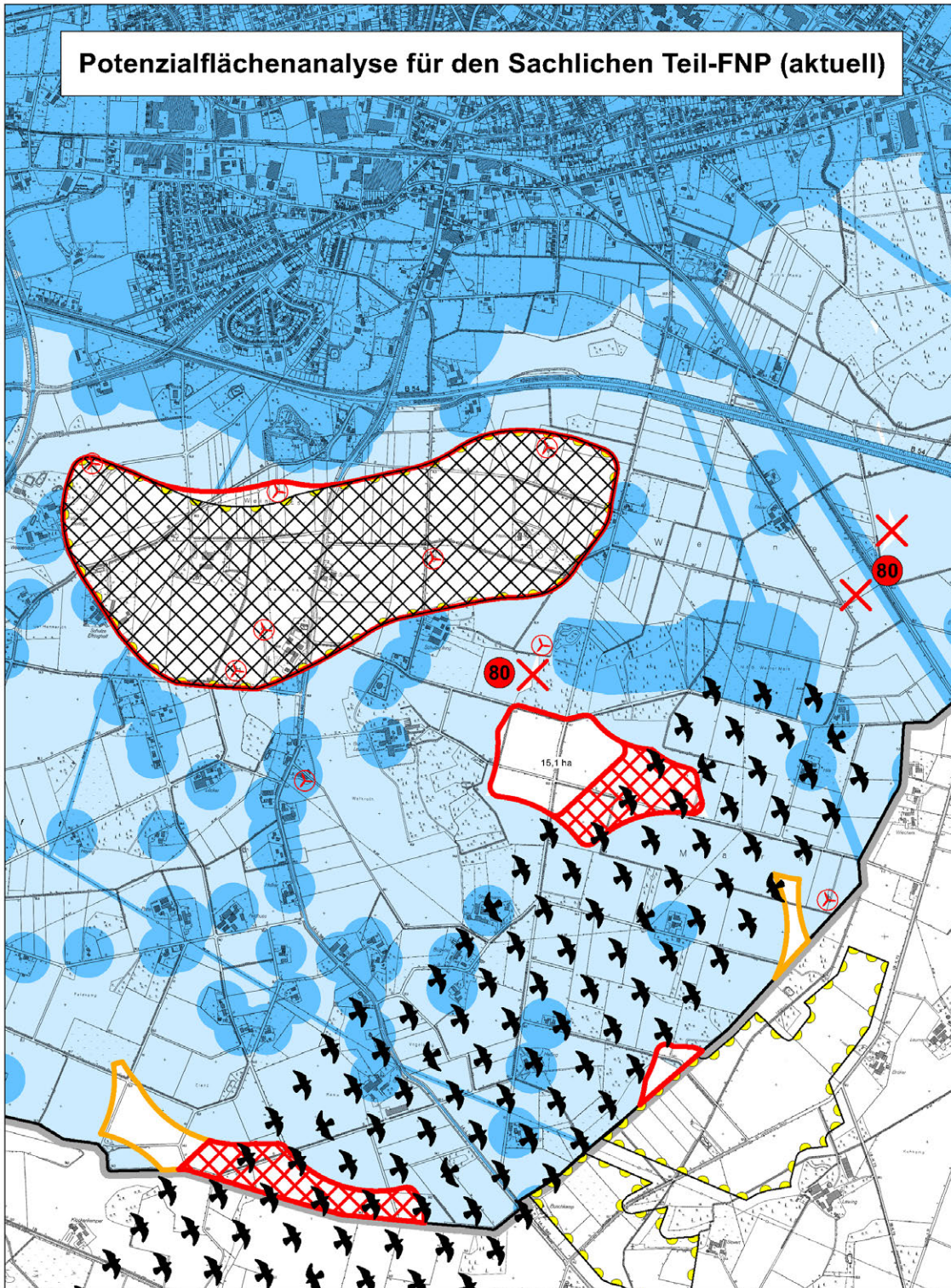


**Potenzialflächenanalyse für den Sachlichen Teil-FNP (2016)**





**Potenzialflächenanalyse für den Sachlichen Teil-FNP (aktuell)**



	harte Tabukriterien		Potenzialflächen
	weiche Tabukriterien		tabufreie Flächen, überlagert mit der konkurrierenden Nutzung „Vogelflug“
	Flugkorridor großer Brachvogel		tabufreie Flächen < 15 ha
	Windenergiebereich gem. Regionalplan		Konzentrationszonen gem. FNP

Der entgegenstehende vermutete artenschutzfachliche Konflikt aufgrund von Pendelbewegungen des Großen Brachvogels zwischen verschiedenen Schutzgebieten hat sich bei näherer Betrachtung als zu ungenau erwiesen. Die Biologische Station des Kreises Steinfurt hat bereits anlässlich eines Vor-Ort-Termins im Dezember 2018 bestätigt, dass die Flugbewegungen auf einem deutlich schmaleren Korridor stattfinden. Dies wurde, ergänzt um eine zeichnerische Darstellung (abgedruckt im Artenschutzfachlichen Beitrag im Anhang zu dieser Begründung) am 16.04.2019 auch schriftlich bestätigt. Naturgemäß finden die Austauschbewegungen nicht wie „am Lineal gezogen“ statt, daher wurde mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt, dass bei Vorhaben, die östlich des Küperweges (Wirtschaftsweg, der das Plangebiet von Norden nach Süden durchquert) einen Standort suchen, im Zuge der immissionsrechtlichen Genehmigung eine FFH-Prüfung gefordert wird und mit Auflagen, z.B. Höhenbeschränkungen und/oder Abschaltzeiten zu rechnen ist. Bezogen auf das dieser 1. Änderung zugrunde liegende konkrete Vorhaben ist die Annahme rein theoretischer Natur, da die geplante Anlage westlich des Küperweges aufgrund der angestrebten Dimensionierung derartig große Turbulenzabstände hervorrufen wird, dass östlich davon ohnehin kein Raum für weitere Windkraftanlagen wäre.

Die sich daraus ergebende über 15 ha große „Weißfläche“ muss in der Systematik des städtebaulichen Gesamtkonzeptes als Konzentrationszone dargestellt werden, was zu der Erweiterung der Konzentrationszonen von knapp über 15 ha führt. Dies wiederum stärkt die Planung der Stadt Ochtrup zur Steuerung der Windenergienutzung, da der für diese Nutzung bereitgestellte Raum ein Stück größer und damit „substanzieller“ wird.

## **5 Inhalt der 1. Änderung des STFNP Wind**

Mit der 1. Änderung des STFNP Wind erfolgt die überlagernde Darstellung einer weiteren Konzentrationszone (Weiner Mark) mit einer Größe von 15,1ha. Die Konzentrationszone überlagert die Darstellung des gültigen Flächennutzungsplanes. Dieser stellt im Änderungsbereich „Fläche für die Landwirtschaft“ dar.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanung mit der Steuerungswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB wird eine Ausschlusswirkung für privilegierte Windkraftvorhaben im gesamten Außenbereich herbeigeführt. Diese Ausschlusswirkung bleibt bestehen, nun jedoch um die neue

Konzentrationszone in der Weiner Mark um 15,1 ha verkleinert. Die Planzeichnung stellt in der Darstellung der bisherigen Nutzung daher das gesamte Stadtgebiet dar. Zur besseren Verortung und Lesbarkeit ist die ergänzte Konzentrationszone lediglich in einem Ausschnitt dargestellt.

Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass die spätere Realisierung eines dort verorteten Windkraftanlagen-Vorhabens mit der Beseitigung von zwei Windkraftanlagen (Repowering-Vorhaben) verbunden sein wird. Diese sind in der Planzeichnung grün markiert.

## **6 Erschließung**

Die ergänzte Konzentrationszone ist über vorhandene Wirtschaftswege erschlossen. Eine Streckenstudie für den Transport der erforderlichen Bauteile wurde erarbeitet.

Aufgrund der Nähe zu einer vorhandenen Windkraftanlage (unmittelbar nördlich der Zone) ist die Netzanbindung ebenfalls gesichert.

## **7 Auswirkungen der Planung**

Bei den Auswirkungen der Planung kann auf konkrete und aktuelle Detailuntersuchungen zu einem Bauvorhaben innerhalb des Änderungsbereiches zurückgegriffen werden. Die zugrunde gelegte Windkraftanlage füllt aufgrund der notwendigen bauordnungsrechtlichen Abstände die ergänzte Konzentrationszone vollständig aus. Es ist daher nicht damit zu rechnen, dass es zu weiteren Auswirkungen durch Errichtung einer weiteren Anlage im Änderungsbereich kommt.

## 8 Umweltbericht

Gemäß § 2 Abs. 4 i.V.m § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB ist für die vorliegende 1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie eine Umweltprüfung erforderlich. Die Inhalte werden im vorliegenden Umweltbericht als Bestandteil der Begründung dokumentiert.

Inhaltlich und in der Zusammenstellung der Daten berücksichtigt der Umweltbericht die Vorgaben der Anlage zu §§ 2 (4) und 2a BauGB. Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichtes werden von der Gemeinde festgelegt und richten sich danach, was angemessener Weise verlangt werden kann bzw. für die Abwägung der Umweltbelange erforderlich ist.

Der Untersuchungsrahmen des Umweltberichts umfasst im Wesentlichen den 1. Änderungsbereich des STFNP Wind. Je nach Erfordernis und räumlicher Beanspruchung des zu untersuchenden Schutzgutes erfolgt eine Variierung dieses Untersuchungsraums.

Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ist der Fokus der Untersuchung auf die Änderungsinhalte der Flächennutzungsplan-Darstellung zu lenken. Fragen zu technischen Details oder möglichen konkreten Anlagestandorten werden abschließend erst auf der Ebene der Genehmigungsplanung zu erörtern sein.

### 8.1 Einleitung

- **Kurzdarstellung des Inhalts**

Seit 2016 steuert die Stadt Ochtrup die Windenergienutzung im Stadtgebiet räumlich durch 5 Konzentrationszonen. Dazu wurde gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ein Sachlicher Teil-Flächennutzungsplan „Windenergie“ (STFNP) aufgestellt. Grundlage dieser Planung war die Ermittlung harter und weicher Tabukriterien, die in einem politischen Abwägungsprozess im Umkehrschluss zu Flächen geführt haben, die für die Errichtung von Windkraftanlagen im Sinne des § 35 Abs. 2 Nr. 5 BauGB besonders geeignet sind.

Die Nutzbarkeit der durch die Stadt Ochtrup festgelegten Konzentrationszonen, die bekanntlich mit einer Ausschlusswirkung außerhalb verbunden sind, ist weitgehend erschöpft. Ein konkretes Repowering-Vorhaben verschiedener örtlicher Landwirte und Anwohner aus der Weinerbauerschaft (LKS GmbH & Co. KG Ochtrup-Weiner) ist nun bestrebt, die nördlichste Windkraftanlage in der Konzentrationszone ST 61 sowie eine heute außerhalb der Konzentrationszone an der Stadtgrenze zu Metelen betriebenen Anlage zur Verbesserung der Immissionssituation abzubauen und dafür eine neue, leistungsstärkere Anlage zu errichten. Dies soll jedoch ca. 750 m südöstlich außerhalb der derzeit ermittelten Konzentrationszone ST 61 geschehen.

Der in Rede stehende Standort war bereits bei der Ermittlung von Potenzialflächen zur Darstellung von Konzentrationszonen im Jahr 2016 nicht von den damals definierten Tabukriterien betroffen (sogenannte „Weißfläche“). Im Rahmen der Einzelfallprüfung („dritte Prüfstufe“ nach den Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts zur Ermittlung von Konzentrationszonen, BVerwG, Urteil vom 13.12.2012, 4 CN 1.11) wurde als entgegenstehender Belang eine artenschutzfachliche Annahme eines dort zu verortenden Vogelflugkorridors des Großen Brachvogels (kleinräumiger Austausch zwischen dem NSG Ströfeld und dem NSG Brechte mit dem NSG Weiner Mark als „Trittstein“) in der Planung von Konzentrationszonen berücksichtigt.

Diese Annahme hat sich im Nachhinein jedoch nicht bestätigt und wurde durch die zuständige Biologische Station mit Schreiben vom 16.04.2016 und entsprechend vertiefende artenschutzfachliche Prüfungen im Rahmen der Erarbeitung von Genehmigungsunterlagen widerlegt bzw. korrigiert.

Das Repowering-Vorhaben bedarf folglich einer Neubewertung, da die Ausschlusswirkung unter Beibehaltung aller abgewogenen Kriterien und Einzelbelange am beantragten Standort objektiv nicht mehr vorhanden ist. Es wird daher eine 1. Änderung des STFNP Wind angestrebt, ohne das zugrundeliegende städtebauliche Gesamtkonzept zu verändern. Ziel ist die Erweiterung (18,5 ha) der vorhandenen Konzentrationszonen um konfliktfreie Flächen im Sinne des bisherigen Konzeptes.

- **Umweltschutzziele**

Für das Stadtgebiet liegen verschiedene Schutzgebiete bzw. Schutzausweisungen vor, die bereits im Rahmen der Potentialflächenanalyse zur Aufstellung des STFNP Windenergie im Jahr 2016 eingearbeitet worden sind. Dementsprechend liegen im Änderungsbereich bzw. im näheren Umfeld (< 500 m) keine Schutzgebietsausweisungen vor. Das nächstgelegene Natura 2000-Gebiet „Alter Bierkeller bei Ochtrup“ (DE-3809-301) liegt nordwestlich des Änderungsbereiches in einer Entfernung von ca. 1,5 km. Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet „VSG Feuchtwiesen im nördlichen Münsterland“ (DE-3810-401) befindet sich ca. 2,6 km südwestlich des Änderungsbereiches.

Darüber hinaus werden auf den im Folgenden genannten Gesetzen bzw. Richtlinien basierende Vorgaben je nach Planungsrelevanz inhaltlich bei der Betrachtung der einzelnen Schutzgüter konkretisiert.



Tab. 1: Beschreibung der Umweltziele.

<b>Umweltschutzziele</b>	
<b>Mensch</b>	<p>Hier bestehen fachliche Normen, die insbesondere auf den Schutz des Menschen vor Immissionen (z.B. Lärm) und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zielen (z.B. Baugesetzbuch, TA Lärm, DIN 18005 Schallschutz im Städtebau).</p> <p>Bezüglich der Erholungsmöglichkeit und Freizeitgestaltung sind Vorgaben im Baugesetzbuch (Bildung, Sport, Freizeit und Erholung) und im Bundesnaturschutzgesetz (Erholung in Natur und Landschaft) enthalten.</p>
<b>Biototypen, Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt, Arten- und Biotopschutz</b>	<p>Die Berücksichtigung dieser Schutzgüter ist gesetzlich im Bundesnaturschutzgesetz, dem Landesnaturschutzgesetz NW, dem Bundeswaldgesetz und dem Landesforstgesetz NRW und in den entsprechenden Paragraphen des Baugesetzbuches (u.a. zur Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume sowie Erhalt des Waldes wegen seiner Bedeutung für die Umwelt und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen) sowie der Bundesartenschutzverordnung vorgegeben.</p> <p>Der Änderungsbereich befindet sich innerhalb der Biotopverbundfläche „Parklandschaft in der Weinerbauernschaft“ (VB-MS-3809-101). Die Schutzziele umfassen u.a. die Erhaltung der bodenständigen Laubwälder, Bruchwaldflächen, Hecken, Feldgehölze, Baumbestände sowie Obstwiesen und Grünland.</p>
<b>Boden und Wasser, Fläche</b>	<p>Hier sind die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, des Bundes- und Landesbodenschutzgesetzes (u.a. zum sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden, zur nachhaltigen Sicherung oder Wiederherstellung der Bodenfunktionen), der Bundesbodenschutzverordnung und bodenschutzbezogene Vorgaben des Baugesetzbuches (z.B. Bodenschutzklausel) sowie das Wasserhaushaltsgesetz und das Landeswassergesetz (u.a. zur Sicherung der Gewässer zum Wohl der Allgemeinheit und als Lebensraum für Tier und Pflanze) die zu beachtenden gesetzlichen Vorgaben. Umweltschutzziele durch die Lage des Änderungsbereiches in einem Wasserschutzgebiet bzw. in einem Überschwemmungsgebiet liegen nicht vor.</p>
<b>Landschaft</b>	<p>Die Berücksichtigung dieses Schutzguts ist gesetzlich im Bundesnaturschutzgesetz, dem Landesnaturschutzgesetz NRW (u.a. zur Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswerts der Landschaft) und in den entsprechenden Paragraphen des Baugesetzbuches vorgegeben. Das Umweltschutzziel, einer nachhaltigen Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen gem. § 1 BNatSchG wird u.a. durch die Bewertung der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nach Windenergie-Erlass (2018) berücksichtigt.</p>
<b>Luft und Klimaschutz</b>	<p>Die Erfordernisse des Klimaschutzes sind im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten und in der Abwägung zu berücksichtigen (u.a. „Klimaschutzklausel“ gem. § 1a (5) BauGB).</p> <p>Des Weiteren sind zur Erhaltung einer bestmöglichen Luftqualität und zur Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der TA Luft zu beachten. Indirekt enthalten über den Schutz von Biotopen das Bundesnaturschutzgesetz und direkt das Landesnaturschutzgesetz NRW Vorgaben für den Klimaschutz.</p> <p>Die Planung trägt im Rahmen einer nachfolgenden Umsetzung dazu bei, den globalen Kohlenstoffdioxidausstoß zu reduzieren und leistet damit einen Beitrag zur Minimierung der Auswirkungen des Klimawandels.</p>



Umweltschutzziele		
<b>Kultur- und Sachgüter</b>	<b>und</b>	Bau- oder Bodendenkmale sind durch das Denkmalschutzgesetz unter Schutz gestellt. Der Schutz eines bedeutenden, historischen Orts- und Landschaftsbilds ist in den entsprechenden Paragraphen des Baugesetzbuchs bzw. des Bundesnaturschutzgesetzes vorgegeben.

## 8.2 Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario) und der erheblichen Umweltauswirkungen der Planung während der Bau- und Betriebsphase

Bei der Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Plandurchführung werden, soweit möglich, insbesondere die etwaigen erheblichen Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die Schutzgüter beschrieben. Die Beschreibung umfasst dabei – sofern zu erwarten – die direkten, indirekten, sekundären, kumulativen, kurz- mittel- und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen. Den ggf. einschlägigen und auf europäischer, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene festgelegten Umweltschutzziele soll dabei Rechnung getragen werden.

Tab. 2: Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und Prognose über die erheblichen Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung.

8.2.1 Schutzgut Mensch	
Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Flächen im Bereich der neu dargestellten Konzentrationszone zur Windenergienutzung dienen im Wesentlichen der Erzeugung von Nahrungsmitteln und evtl. regenerativen Energieträgern (z.B. Mais).</li> <li>- Das Umfeld des Änderungsbereiches ist durch bestehende Windenergieanlagen (WEA), vornehmlich im Bereich der im STFNP Windenergie ausgewiesenen Konzentrationszone ST 61, durch Geräuschemissionen vorbelastet.</li> <li>- Im weiteren Umfeld des Änderungsbereiches, insbesondere im Westen, befinden sich Wohnnutzungen u.a. im Bereich bestehender Hofstellen. Die nächstgelegene Wohnnutzung liegt in einer Entfernung von rund 590 m in westlicher Richtung. Der Nachweis einer nachfolgenden Umsetzbarkeit des Planvorhabens aus immissionsschutzfachlicher Sicht erfolgte im Rahmen des konkret beabsichtigten Repowering-Vorhabens durch eine Schallimmissionsprognose (Enveco GmbH, Juli 2020).</li> <li>- Durch bereits vorhandene Windenergieanlagen im Umfeld ist die Landschaft technisch vorbelastet.</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Zuge nachfolgender Bauarbeiten treten baubedingte Auswirkungen auf die umliegenden Anwohner i. S. v. Baustellenverkehren, Staubaufwirbelungen und vorübergehende Lärmeinwirkungen auf.</li> <li>- Das Maß der Erheblichkeitsschwelle wird voraussichtlich aufgrund der temporären Arbeiten und der zu erwartenden, gesetzlich geregelten Arbeitszeiten nicht überschritten.</li> </ul>

### 8.2.1 Schutzgut Mensch

Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für den Bau der WEA und dazugehöriger Betriebsflächen ist ein langfristiger Verlust von Flächen zur Nahrungsmittelproduktion durch Überbauung/ Versiegelung verbunden. Die landwirtschaftliche Nutzung kann jedoch – mit Ausnahme der Bereiche für das Fundament und der dauerhaft zu erhaltenden Kranstellflächen – fortbestehen.</li> <li>- Der Immissionsschutz ist im Rahmen einer Schallimmissionsprognose auf Grundlage des konkret beabsichtigten Repowering-Vorhabens auf der Genehmigungsebene nachzuweisen (vgl. Enveco GmbH, Juli 2020). Im Ergebnis des Gutachtens ist aufgrund des parallel beabsichtigten Rückbaus zweier bestehender Alt-WEA und stattdessen dem Bau einer neuen WEA an den untersuchten Immissionspunkten von einer Reduzierung der Gesamtbelastung auszugehen. Insgesamt ist auf Basis des Gutachtens ein ertrags-/ leistungs-optimierter Betrieb der geplanten WEA im Änderungsbereich möglich.</li> <li>- Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des vorliegenden Schallgutachtens (s.o.) und der Tatsache, dass der Immissionsschutz auf der Ebene der Genehmigungsplanung im Einzelfall nachzuweisen ist werden mit der vorliegenden Änderung des STFNP Windenergie voraussichtlich keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Mensch vorbereitet.</li> </ul>
-------------------------------	---

### 8.2.2 Schutzgut Biototypen, Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt

Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Für den Änderungsbereich liegen keine Schutzausweisungen vor. Der Änderungsbereich befindet sich jedoch innerhalb der Biotopverbundfläche „Parklandschaft in der Weinerbauernschaft“ (VB-MS-3809-101). Die Schutzziele umfassen u.a. den Erhalt der bodenständigen Laubwälder, Bruchwaldflächen, Hecken, Feldgehölze, Baumbestände sowie Obstwiesen und Grünland.</li> <li>- Der Änderungsbereich wird im Wesentlichen intensiv ackerbaulich genutzt. An die Ackerflächen schließen größtenteils grasgeprägte Saumstreifen an. Darüber hinaus befindet sich eine Wallhecke als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil im Änderungsbereich. Im Umfeld des Änderungsbereiches befinden sich – neben landwirtschaftlich genutzten Flächen – Feldgehölze.</li> <li>- Aufgrund der Ausstattung mit Biototypen innerhalb des Änderungsbereiches sowie im unmittelbaren Umfeld können Vorkommen planungsrelevanter/ WEA-empfindlicher Arten nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Daher wurden die artenschutzfachlichen Belange im Rahmen einer vertiefenden Prüfung (Stufe II) fachgutachterlich untersucht (Ökon, 10.05.2021, Teil C). Im Ergebnis sind im Bereich der vorliegenden 1. Änderung des STFNP Windenergie Vorkommen WEA-empfindlicher Vogel- und Fledermausarten anzunehmen.</li> <li>- Das nächstgelegene FFH-Gebiet „Alter Bierkeller bei Ochtrup“ (DE-3809-301) befindet sich in einer Entfernung von rund 1,5 km nordwestlich des Änderungsbereiches. Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet „VSG Feuchtwiesen im nördlichen Münsterland“ (DE-3810-401) liegt rund 2,6 km entfernt in südwestlicher Richtung.</li> <li>- In einer Entfernung von ca. 730 m nordöstlich des Änderungsbereiches befindet sich das nächstgelegene Naturschutzgebiet „NSG Weiner Mark“ (ST-017).</li> </ul>
---------	--

### 8.2.2 Schutzgut Biototypen, Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt

Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufgrund der vorgenannten Entfernung sowie der beabsichtigten Planung können Auswirkungen auf bestehende Schutzgebiet ausgeschlossen werden. Die Schutzziele des Biotopverbundes stehen dem Planvorhaben nicht entgegen (vgl. Ökon, 10.05.2021, Teil A). Durch die Anlage einer temporären Baustraße im Bereich einer Ackerfläche, kann die Inanspruchnahme der im Änderungsbereich bestehenden Wallhecke im Rahmen einer nachfolgenden Umsetzung ausgeschlossen werden.</li> <li>- Baubedingte Auswirkungen können u.a. die Zerstörung von Nestern und Gelegen, störungsbedingte Aufgabe von Revieren geschützter Arten sowie störungsbedingte Verluste von Eiern und Jungvögeln umfassen. Inwieweit diese baubedingten Auswirkungen im vorliegenden Fall artenschutzrechtliche Verbote gem. § 44 (1) BNatSchG auslösen, wurde im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Prüfung (Ökon, 10.05.2021, Teil C) betrachtet. Hiernach können unter Einhaltung von Vermeidungsmaßnahmen wie einer Bauzeitenregelung ggfs. einer ökologischen Baubegleitung und der Entwicklung von Ausgleichsmaßnahmen (auch CEF-Maßnahmen) artenschutzrechtliche Konflikte im Rahmen einer nachfolgenden Umsetzung ausgeschlossen werden.</li> <li>- Unter Berücksichtigung der fachgutachterlich benannten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen auf der Ebene der Genehmigungsplanung werden keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) BNatSchG vorbereitet.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Ergebnis des faunistischen Fachgutachtens (Ökon, 10.05.2021, Teil C) sind zur Vermeidung betriebsbedingter Auswirkungen gegenüber Fledermäusen (erhöhtes Tötungsrisiko) Abschaltlogarithmen nachts zwischen dem 01.04 und dem 31.10 einzuplanen. Im zweiten Betriebsjahr können diese Abschaltlogarithmen durch ein Gondelmonitoring angepasst werden.</li> <li>- Im Hinblick auf die Avifauna sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) erforderlich. Von einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko wird gutachterlicherseits betriebsbedingt nicht ausgegangen.</li> <li>- Unter Berücksichtigung der auf Ebene der Genehmigungsplanung abschließend festzulegenden Vermeidungsmaßnahmen, einschließlich CEF-Maßnahmen, werden anhand der konkret beabsichtigten Anlagenplanung mit der vorliegenden 1. Änderung des STFNP Windenergie keine erheblich nachteiligen Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter vorbereitet.</li> <li>- Betriebsbedingte Auswirkungen auf die Schutzgüter, können bei einem anzuordnenden ordnungsgemäßen Betrieb von WEA ausgeschlossen werden. Die Verminderung von Gefahren erfolgt bereits Herstellerseits durch konstruktive Maßnahmen (z.B. Abdichtung des Maschinenhauses, Einsatz geschlossener Systeme) und allgemeine Sicherheitsvorkehrungen.</li> <li>- Insgesamt können auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten artenschutzrechtliche Verbote gem. § 44 (1) BNatSchG durch geeignete Vermeidungs- bzw. Minimierungsmaßnahmen, auf der nachgelagerten Genehmigungsebene vermieden werden, so dass die vorliegende Änderung des STFNP Windenergie aus artenschutzrechtlicher Sicht als vollzugsfähig zu beurteilen ist.</li> </ul>

### 8.2.3 Schutzgut Fläche

Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Änderungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 18,5 ha und stellt sich derzeit als „Fläche für die Landwirtschaft“ dar. Er befindet sich gem. Auskunftssystem des LANUV (2015) außerhalb eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes (UZVR) der Größenklasse &gt;10 bis 50 qkm (Klasse 3 von insgesamt 6).</li> <li>- Es bestehen bereits Vorbelastungen durch die ackerbauliche Nutzung, insbesondere in Form von Meliorationsmaßnahmen.</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei Durchführung des Planvorhabens wird ein nicht vermehrbares Gut überbaut, welches u.a. zur Nahrungsmittelproduktion genutzt wird. Baubedingt ist von einer dauerhaft versiegelten Fläche von ca. 2.100 m<sup>2</sup> auszugehen (vgl. Ökon, 10.05.2021, Teil A). Eine Fläche von ca. 5.000 m<sup>2</sup> wird baubedingt temporär versiegelt (Montage- und Lagerflächen, temporäre Zuwegungen, Ausweichbuchten, Wendetrichter) und nach erfolgtem Aufbau der WEA wieder zurückgebaut.</li> <li>- Unter Berücksichtigung des auf Ebene der Genehmigungsplanung festzulegenden Ausgleichs, mit dem i.d.R. Freiräume an anderer Stelle für die Dauer des Eingriffs gesichert werden, können die mit einer Flächeninanspruchnahme verbundenen erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut naturräumlich minimiert werden.</li> <li>- Da die geplante Nutzung keine neue Zerschneidung des UZVR vorsieht und lediglich von einer vergleichsweise kleinflächigen Inanspruchnahme des Schutzgutes auszugehen ist, sind baubedingt keine Beeinträchtigungen auf das Schutzgut zu erwarten, die die Erheblichkeitsschwelle überschreiten. Eine vollständige Vermeidung einer Flächeninanspruchnahme und damit einhergehender negativer Auswirkungen ist baubedingt jedoch unvermeidbar.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhebliche betriebsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut sind insgesamt nicht zu erwarten. Eine detaillierte Betrachtung erfolgt ggfs. im Rahmen der nachfolgenden Genehmigungsplanung.</li> </ul>

### 8.2.4 Schutzgut Boden

Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemäß Bodenkarte des Geologischen Dienstes NRW (1: 50.000) unterliegen dem Änderungsbereich mehrere Bodentypen. Dem Großteil der Fläche im Änderungsbereich unterliegt ein Pseudogley mit mittleren Wertzahlen der Bodenschätzung zwischen 45 bis 56. Eine Schutzwürdigkeit des Bodens wurde nicht bewertet.</li> <li>- Der südöstliche Teil des Änderungsbereiches unterliegt kleinflächig einem Gley-Podsol mit einer geringen Bodenschätzung von 17 bis 30. Eine Schutzwürdigkeit wurde nicht bewertet.</li> <li>- Im nordwestlichen Teil unterliegt dem Änderungsbereich kleinflächig ein Plaggenesch mit mittleren Bodenwertzahlen von 30 bis 55. Der Plaggenesch ist aufgrund seiner sehr hohen Funktionserfüllung als Archiv der Kulturschichte als schutzwürdig eingestuft.</li> <li>- Es bestehen Vorbelastungen durch die intensive landwirtschaftliche Ackernutzung. Die kulturhistorischen Bodenverhältnisse können durch die moderne landwirtschaftliche Nutzung/ Meliorationsmaßnahmen verändert worden sein.</li> <li>- Im Bereich von Wirtschaftswegen im Änderungsbereich bestehen Versiegelungen.</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit einer nachfolgenden Umsetzung des Planvorhabens wird die Pedogenese (Bodenentwicklung) im Bereich einer zukünftigen Bebauung vollständig unterbunden. Natürlich gewachsene Bodenprofile gehen verloren. Es entstehen erhebliche Funktionsverluste.</li> <li>- Durch Baufahrzeuge können lokale Bodenverdichtungen durch Befahren – insbesondere bei ungünstigen Witterungsverhältnissen – verbunden sein.</li> <li>- Eine Beeinträchtigung der Archivfunktion des schutzwürdigen Bodens wird im Rahmen des Planvorhabens auf Grundlage des derzeit konkret geplanten Vorhabens nicht vorbereitet.</li> <li>- Unter Berücksichtigung von Verminderungs- sowie Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Eingriffsregelung zur Genehmigungsplanung werden durch die Planung keine voraussichtlichen erheblich nachteiligen Wirkungen vorbereitet (Ökon, 10.05.2021, Teil A).</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Planvorhaben trägt zu einer weiteren Versiegelung eines nicht vermehrbaren Schutzgutes, das u.a. zur Nahrungsmittelproduktion genutzt wird bei.</li> <li>- Ein Eintrag von bodenverunreinigenden Stoffen (Schmiermittel, Kraftstoffe) ist bei ordnungsgemäßigem Betrieb der zukünftigen WEA/ von Fahrzeugen auszuschließen.</li> <li>- Insgesamt kann unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten (Getriebelose Anlagen, Auffangbehälter für gefährdende Stoffe etc.) bei einem ordnungsgemäßen Betrieb zukünftiger Anlagen von einer entsprechenden Vollzugsfähigkeit des vorliegenden Flächennutzungsplans in Bezug auf das Schutzgut ausgegangen werden.</li> </ul>

8.2.5 Schutzgut Wasser	
Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Änderungsbereich liegt weder in einem Wasserschutzgebiet noch in einem Überschwemmungsgebiet (Ökon, 10.05.2021, Teil A).</li> <li>- Nach Angabe des Informationssystems „ELWAS-Web“ des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW verläuft ein namenloses Gewässer im Änderungsbereich (Gewässerkennzeichen: 92861444).</li> <li>- Der Änderungsbereich liegt im Bereich des Grundwasserkörpers „Ochtruper Sattel“. Hierbei handelt es sich um einen Kluftgrundwasserleiter mit sehr geringer bis mäßiger Durchlässigkeit. Der Gesteinstyp ist silikatisch, karbonatisch. Die wasserwirtschaftliche Bedeutung ist gering. Gemäß des 3. Monitoringzyklus (2013-2018) wird der mengenmäßige und chemische Zustand als gut eingestuft.</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durch die Planung werden in der neu dargestellten Konzentrationszone Versiegelungen durch den Bau von WEA zulässig. Die Planung wird jedoch baubedingt zu keiner erheblichen Veränderung oder Beeinträchtigung der Grundwasserneubildungsrate führen, da anfallendes Niederschlagswasser in die angrenzenden Flächen geleitet wird. Zudem ist beim Bau von WEA lediglich im Bereich des Fundamentes von punktuellen Versiegelungen auszugehen, die nicht zu einer Überschreitung der Erheblichkeitsschwelle führen.</li> <li>- Im Zuge einer nachfolgenden Umsetzung des Planvorhabens (den beabsichtigten Bau einer WEA) ist nach Angabe des landschaftspflegerischen Begleitplans (Ökon, 10.05.2021, Teil A) zur vorliegenden Genehmigungsplanung die Anlage einer temporären Baustraße notwendig, wobei ein außerhalb des Änderungsbereiches verlaufender, naturferner Entwässerungsgraben östlich der K73 temporär verrohrt werden muss. Nach dem Rückbau der temporären Baustraße wird die Verrohrung zurückgebaut und der Graben wird wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt.</li> <li>- Bei einem erwartungsgemäß unfallfreien Betrieb der Baufahrzeuge und Baumaschinen sind Gefährdungen und Verschmutzungen des Schutzgutes, z.B. durch wassergefährdende, Schmier- oder Betriebsstoffe nicht anzunehmen.</li> <li>- Die Art und Menge der erzeugten Abfälle während der Bauphase, sowie deren Beseitigung und Verwertung wird – unter Voraussetzung einer vorschriftsmäßigen Entsorgung – voraussichtlich nicht die Erheblichkeitsschwelle überschreiten.</li> <li>- Nach derzeitigem Kenntnisstand sind insgesamt keine voraussichtlichen, erheblichen baubedingten Auswirkungen zu erwarten.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Insgesamt kann unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten (Getriebe-lose Anlagen, Auffangbehälter für gefährdende Stoffe etc.) sowie einem ordnungsgemäßen Betrieb der zukünftigen WEA von einer Vollzugsfähigkeit der vorliegenden 1. Änderung des Flächennutzungsplans ausgegangen werden.</li> </ul>



### 8.2.6 Schutzgut Luft- und Klimaschutz

Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die klimaökologische Bedeutung der Flächen bemisst sich aus der Produktivität der Strukturen für Frisch- und Kaltluft: Das Klima der künftigen Windkonzentrationszone ist aufgrund der Lage im Agrarbereich als typisches Außenbereichsklima/ Freilandklima einzustufen (FIS Klimaanpassung 2021). Die Ackerflächen sind aufgrund der nicht ganzjährigen Vegetationsbedeckung von mittlerer Bedeutung für die Kaltluftproduktion. Einen Klimawandel-Vorsorgebereich stellt der Änderungsbereich nicht dar.</li> <li>- Die Gehölzstrukturen fungieren in Abhängigkeit zu ihrer Größe als Schadstofffilter. Aufgrund der Entfernungen zu Siedlungen besteht jedoch keine direkte Bedeutung hinsichtlich einer lufthygienischen Ausgleichsfunktion. Waldbereiche sind bei der Ermittlung der Konzentrationszone ausgeschlossen worden.</li> <li>- Es bestehen Vorbelastungen durch versiegelte Wirtschaftswege.</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit der Ausweisung der Windkonzentrationszone ist nicht mit nachteiligen Veränderungen der klimatischen Funktion im Eingriffsbereich oder im angrenzenden Umfeld zu rechnen, da weder durch die Art der planungsrechtlich zulässigen Nutzung noch durch die Größe der zu erwartenden Versiegelungen eine nennenswerte Veränderung des Regionalklimas erfolgt.</li> <li>- Im Rahmen der konkreten Standortplanung ist beabsichtigt im Sinne des Vermeidungsprinzips eine Überplanung von Gehölzen (Wallhecke) u.a. aufgrund ihres gesetzlichen Schutzstatus sowie klimarelevanter Funktionen zu vermeiden.</li> <li>- Baubedingt sind mit Umsetzung des Vorhabens verschiedene Emissionen (Abgase, Staub etc.) durch Baufahrzeuge, Kräne und die notwendigen Materialanlieferungen zu erwarten. Hierbei handelt es sich um zeitlich, d.h. auf die eigentliche Bauphase befristete Auswirkungen, die voraussichtlich nicht die Erheblichkeitsschwelle überschreiten.</li> <li>- Mit nachteiligen Veränderungen des Freilandklimas ist aufgrund der Art der Nutzung sowie der Größe der zu erwartenden Versiegelung nicht zu rechnen.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die betriebsbedingten negativen Aspekte führen insgesamt nicht zu voraussichtlichen, erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut. Der bereits vorherrschende Einfluss des Freilandklimas bleibt bestehen. Die Stadt folgt mit der vorliegenden Änderung des STFNP Windenergie und der damit verbundenen zusätzlichen Neuausweisung für die Nutzung von Windenergie das Ziel der Steuerung und Förderung regenerativer Energiequellen und leistet damit langfristig einen Beitrag zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.</li> <li>- Mit Umsetzung des Planvorhabens wird eine Windenergieanlage errichtet, die einen Beitrag zur langfristigen Verbesserung des globalen Klimas leistet.</li> </ul>



8.3 Schutzgut Landschaft	
Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Änderungsbereich liegt im Bereich der Münsterländer Parklandschaft und ist durch einen kleinräumigen Wechsel von Acker-, Grünland- und Waldflächen geprägt. Der Großteil der Flächen im Änderungsbereich wird jedoch intensiv ackerbaulich genutzt.</li> <li>- Das Umfeld ist – maßgeblich im Bereich der bereits ausgewiesenen Konzentrationszone ST 61 – durch bestehende Windenergieanlagen vorbelastet.</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Visuell sind Beeinträchtigungen im Rahmen einer Umsetzung des Planvorhabens anzunehmen, aufgrund ihres nur vorübergehenden Charakters (während der Bauphase) jedoch voraussichtlich nicht erheblich.</li> <li>- Die Planung bereitet eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vor, die auf der Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bereits für das beabsichtigte Repowering-Vorhaben bewertet wurde (Ökon, 10.05.2021, Teil B). Hiernach ist, bedingt durch den geplanten Rückbau zweier bestehender Alt-WEA im Ergebnis der Landschaftsbildbewertung nach Windenergie-Erlass keine Ersatzgeldzahlung erforderlich. Die beiden zurückzubauenden Alt-WEA gleichen das Repowering-Vorhaben/ den Neubau einer größeren und leistungstärkeren WEA in dieser Hinsicht vollständig aus.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Planvorhaben stellt eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes dar. Eine konkrete Berechnung des Ausgleichserfordernisses für das Landschaftsbild erfolgte bereits im Zuge der Erarbeitung der Genehmigungsunterlagen für die bundesimmissionsschutzrechtliche Genehmigung (s.o.).</li> <li>- Insgesamt kann unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten (z.B. bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung, Synchronisierung der Blinkfrequenzen, Abschirmung der Befuerung nach unten etc.) sowie der Ergebnisse der Landschaftsbildbewertung (Ökon, 10.05.2021, Teil B) eine entsprechende Vollzugsfähigkeit des vorliegenden Flächennutzungsplans angenommen werden.</li> </ul>

8.3.1 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	
Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Änderungsbereich liegen keine Hinweise auf Bau- und Bodendenkmäler sowie archäologische Fundstätten vor.</li> <li>- Im nordwestlichen Teil unterliegt dem Änderungsbereich kleinflächig ein Plagensch, der als Archiv der Kulturgeschichte eingestuft ist.</li> <li>- Der Änderungsbereich liegt nach Angabe des kulturlandschaftlichen Fachbeitrages zum Regionalplan Münsterland (2013) in der Kulturlandschaft Nr. 4 „Westmünsterland“. Westlich des Änderungsbereiches befindet sich der landschaftskulturell bedeutsame Kulturlandschaftsbereich K 4.9 „Raum südlich Heek“.</li> </ul>

### 8.3.1 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine erhebliche Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist im Rahmen einer nachfolgenden Umsetzung nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung der Archivfunktion des schutzwürdigen Bodens bzw. des bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches wird auf Grundlage des derzeit konkret geplanten Repowering-Vorhabens nicht vorbereitet (vgl. Ökon, 10.05.2021, Teil D).</li> <li>- Im Fall von kulturhistorisch/ kulturgeschichtlich wichtigen Bodenfunden sind die Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes NRW zu beachten. Bei entsprechenden Bodenfunden sind die Erdarbeiten unverzüglich einzustellen und die Untere Denkmalbehörde zu informieren.</li> <li>- Insgesamt sind keine voraussichtlichen, erheblichen baubedingten Auswirkungen zu erwarten.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine erhebliche Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist betriebsbedingt voraussichtlich nicht zu erwarten.</li> </ul>

### 8.3.2 Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern

Bestand	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Schutzgüter stehen in ihrer Ausprägung und Funktion untereinander in Wechselwirkung. Dominierend wirkte und wirkt die derzeitige maßgeblich landwirtschaftliche Nutzung im Änderungsbereich. Hieraus resultieren Auswirkungen auf die Struktur- und Artenvielfalt von Flora und Fauna, aber auch Einflüsse auf den Boden- und Wasserhaushalt. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die über die „normalen“ ökosystemaren Zusammenhänge hinausgehen, bestehen nach derzeitigem Kenntnisstand nicht. Es liegen im Änderungsbereich keine Schutzgüter/ Biotope vor, die in unabdingbarer Abhängigkeit voneinander liegen (z.B. grundwasserabhängige Biotope).</li> </ul>
Baubedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Es bestehen keine Wirkungszusammenhänge die über die normalen Funktionsbeziehungen zwischen der belebten und unbelebten Natur (biotische / abiotische Faktoren) hinausgehen, so dass eine negative Kumulation von Auswirkungen in der Bauphase nicht zu erwarten ist.</li> </ul>
Betriebsbedingte Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Es bestehen keine Wirkungszusammenhänge die über die normalen Funktionsbeziehungen zwischen der belebten und unbelebten Natur (biotische / abiotische Faktoren) hinausgehen, so dass eine negative Kumulation von Auswirkungen in der Betriebsphase nicht zu erwarten ist.</li> </ul>

## 8.4 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)

Von einer deutlichen Änderung der bestehenden Strukturen im Änderungsbereich ist bei Nichtdurchführung der vorliegenden 1. Änderung des STFNP Wind nicht auszugehen. Die Fläche würde voraussichtlich weiterhin in ihrem derzeitigen Umfang, d.h. maßgeblich als Ackerfläche für eine intensiv-landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln genutzt. Ein natürliches Entwicklungspotential aufgrund rechtlicher Bindungen des Naturschutzes ist für den Änderungsbereich lediglich

für die nach § 39 LNatSchG gesetzlich geschützte Wallhecke zu erwarten. Entsprechend geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft werden jedoch im Rahmen der nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigung berücksichtigt.

### **8.5 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen**

Die geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen sind auf der nachfolgenden Genehmigungsebene, wenn konkrete Auswirkungen aufgrund der dann vorliegenden Detailschärfe absehbar werden, abschließend zu beschreiben.

Im Sinne einer ökologisch und klimatisch nachhaltigen Entwicklung ist es sinnvoll durch eine angepasste Standortplanung schutzwürdige Böden möglichst nicht zu überplanen und Bodenversiegelungen grundsätzlich auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Kranstellflächen und Zufahrten sollten geschottert und nicht vollversiegelt werden. Der anfallende Bodenaushub ist schichtgerecht zu lagern und vor Vernichtung zu schützen. Die zukünftigen Standorte geplanter WEA sollten dem Vermeidungsgrundsatz Rechnung tragen und sich dementsprechend möglichst nicht auf höherwertige Biotope erstrecken. Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile sind im Zuge einer möglichst umweltschonenden Ausgestaltung entsprechend zu berücksichtigen.

Die aus artenschutzrechtlicher Sicht notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gem. § 44 (1) BNatSchG wurden bereits im Rahmen des konkret beabsichtigten Repowering-Vorhabens geprüft und sind - soweit erforderlich - in nachfolgenden Planungen weiter auszuführen sowie mit einer nachfolgenden Umsetzung gem. der Fachgutachten einzuhalten.

Durch die Planung sind in erster Linie landwirtschaftlich genutzte Flächen betroffen. Im Rahmen des landschaftspflegerische Begleitplans zur Genehmigung erfolgte eine Bilanzierung der mit Umsetzung der Vorhaben verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft und die Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen.

Aufgrund der durchgeführten Detailgutachten für eine WEA im Änderungsbereich können Schall- und Schattenemissionen (z.T. unter Berücksichtigung von Abschaltmaßnahmen) sicher ausgeschlossen werden.

### **8.6 Anderweitige Planungsmöglichkeiten**

Die Beachtung der Umweltbelange erfolgte bereits im Jahr 2016 im Rahmen der Ermittlung von Potenzialflächen zur Darstellung von Kon-

zentrationen. In einem abgestuften Untersuchungs- und Abstimmungsprozedere wurden alle städtebaulichen wie auch umweltbedeutsamen Vorgaben/ Restriktionen für das gesamte Gemeindegebiet in einen Tabuflächenplan eingearbeitet (vgl. Potenzialflächenanalyse). Aus der Kenntnis der Gegebenheiten vor Ort - insbesondere unter Berücksichtigung der Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde sowie der Biologischen Station - erfolgte die Festlegung von geeigneten Konzentrationen.

Im Rahmen der Einzelfallprüfung zur Ermittlung von Konzentrationen wurde seinerzeit als entgegenstehender Belang eine artenschutzfachliche Annahme eines im vorliegenden Änderungsbereich verlaufenden Vogelflugkorridors des Großen Brachvogels in der Planung berücksichtigt. Dieser Vogelflugkorridor wurde nunmehr durch die Biologische Station und eine vertiefende artenschutzfachliche Prüfung zurückgenommen, so dass ein damals konkurrierender artenschutzfachlicher Belang nunmehr neu zu bewerten ist. Im Ergebnis liegt - unter Beibehaltung aller zum damaligen Zeitpunkt abgewogenen Kriterien und Einzelbelange - nunmehr für den Änderungsbereich kein entgegenstehender Belang mehr vor, der eine Ausschlusswirkung für die Nutzung von Windenergie begründet.

Aufgrund der dargelegten Neubewertung der artenschutzfachlichen Belange mit einem konkreten Flächenbezug liegen auf dem Stadtgebiet keine anderweitigen Planungsmöglichkeiten vor, die eine Alternative für die vorliegende 1. Änderung des STFNP Windenergie darstellen.

#### **8.7 Beschreibung der erheblich nachteiligen Auswirkungen gemäß der zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen einschließlich notwendiger Maßnahmen zur Vermeidung / Ausgleich**

Die Darstellung von Konzentrationen für die Windenergienutzung im Sinne von § 35 Abs. 3 BauGB lässt auf der Ebene des Flächennutzungsplans kein erhöhtes Risiko für schwere Unfälle oder Katastrophen erwarten, welches zu voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen führt.

Bauordnungsrechtliche Vorgaben (Brandschutz, Eiswurf, Standsicherheit etc.) werden im Rahmen der Genehmigung abschließend betrachtet und die für Ernstfälle erforderlichen Vorgaben (z.B. Löschwassermenge im Brandfall) sichergestellt.

Weitere Gefahrgutunfälle im Sinne der Seveso-Richtlinie und/ oder verkehrsbedingte Gefahrgutunfällen sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten.

## **9 Zusätzliche Angaben**

### **9.1 Datenerfassung**

Die erforderliche Datenerfassung für die Umweltprüfung erfolgte anhand bereits vorliegender Informationen zum städtebaulichen und ökologischen Zustand des Änderungsbereiches bzw. der auswirkungsrelevanten Umgebung. Insbesondere wurden die im Rahmen des beabsichtigten Repowering-Vorhabens für die Genehmigungsplanung erarbeiteten Unterlagen (Bauantragsunterlagen: u.a. Artenschutzprüfung, landschaftspflegerischer Begleitplan, Umweltverträglichkeitsprüfung) ausgewertet.

Technische Verfahren wurden für die Erarbeitung der vorliegenden 1. Änderung nicht erforderlich. Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Angaben für den Umweltbericht traten nicht auf.

### **9.2 Anforderungen des Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel und des Hochwasserschutzes**

Die Reduzierung der Ausschlusswirkung für die Errichtung privilegierter Windkraftanlagen und somit die Möglichkeit eines effizienten Repowerings verbessert das Angebot an regenerativ erzeugter Energie und trägt damit zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Austoßes bei.

Es werden keine Maßnahmen vorbereitet, die die Folgen des Klimawandels verstärken oder Belange des Klimaschutzes unverhältnismäßig negativ beeinflussen.

Die Ziele und Grundsätze des Bundesraumordnungsplanes Hochwasserschutz (BRPH) werden durch diese Planung nicht berührt bzw. können im Rahmen der konkreten Bauausführung beachtet werden. Der Änderungsbereich liegt weder in einem Wasserschutz-, noch einem Überschwemmungs- oder Hochwasserrisikogebiet. Ein namenloser Graben verläuft parallel zu dem das Gebiet querenden Küperweges, Dieser Graben ist in Nordöstlicher Richtung über den Feldbach mit dem Vechte-System verbunden (Bestandteil des Teileinzugsbereichs Deltarhein). Auswirkungen auf das Hochwasserrisiko sind durch die geringen dauerhaft versiegelten Flächen nicht zu erwarten. Die dauerhaft zu befestigenden Flächen werden wasserdurchlässig gestaltet.

### **9.3 Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen**

Gemäß § 1a (2) BauGB ist die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen zu begründen.

Im vorliegenden Fall wird mit der 1. Änderung des STFNP Wind in

geringem Umfang ca. 2.100 qm dauerhaft befestigte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Da es sich in beiden Fällen (Landwirtschaft, Nutzung der Windenergie) um im Außenbereich privilegierte Nutzungen handelt, ist eine Abwägung der Belange erforderlich. Dies fällt hier eindeutig zu Gunsten der Windenergienutzung aus, da das beabsichtigte konkrete Vorhaben mit der Abrüstung zweier bestehender Anlagenstandorte verbunden ist.

#### **9.4 Monitoring**

Gem. § 4c BauGB sind die von der Änderung ausgehenden erheblichen Umweltauswirkungen vom Planungsträger zu überwachen. Hierin wird er gemäß § 4 Abs. 3 BauGB von den für den Umweltschutz zuständigen Behörden unterstützt.

Um sicherzustellen, dass durch neu errichtete Windkraftanlagen keine artenschutzrechtlichen Verbote ausgelöst werden, sind im Zuge der immissionsrechtlichen Zulassungsverfahren entsprechende Verpflichtungen z.B. hinsichtlich eines Gondelmonitorings mit daraus resultierenden Abschaltalgorithmen für Fledermäuse zu prüfen. Gleiches gilt für die Umsetzung aus artenschutzfachlicher Sicht erforderlicher Maßnahmen. Dies ist jedoch einzelfallbezogen im Rahmen der Genehmigung zu konkretisieren und mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Hiervon unbenommen ist die Überprüfung seitens der für den Umweltschutz zuständigen Behörden gemäß § 4 Abs. 3 BauGB.

#### **10 Zusammenfassung**

Mit der 1. Änderung des sachlichen Teil-Flächennutzungsplans Windenergie wird die Erweiterung der vorhandenen Konzentrationszonen um konfliktfreie Flächen im Sinne des bisherigen Konzeptes angestrebt. Die Änderung beschränkt sich auf einen Bereich, für den im Rahmen der Genehmigungsplanung für jedes öffentliche Interesse (z.B. Lärm, Schattenwurf, Artenschutz, Verortung und Sicherung von Ausgleichsmaßnahmen bis hin zur Streckenprüfung für die Transportleistungen in der Bauphase) nachgewiesen worden ist, dass eine Errichtung genehmigungsfähig ist.

Mit der 1. Änderung des STFNP Wind erfolgt die überlagernde Darstellung einer weiteren Konzentrationszone (Weiner Mark) mit einer Größe von 18,5 ha.

Gemäß §§ 2 (4) i.V.m. § 1 (6) Nr. 7 und 1a BauGB ist für die weitere Konzentrationszone eine Umweltprüfung erforderlich, bei der eine Beschreibung und Bewertung der einzelnen Schutzgüter (Mensch, Biotoptypen, Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt, Boden, Fläche,

Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Kultur- und Sachgüter) durchgeführt wurde. Der Untersuchungsrahmen des Umweltberichts umfasst im Wesentlichen den Änderungsbereich des STFNP Wind. Je nach Erfordernis und räumlicher Beanspruchung des zu untersuchenden Schutzgutes erfolgt eine Variierung dieses Untersuchungsraums.

In diesem Zusammenhang ist auch nachzuweisen, dass die mit dem Plan verbundenen Vorhaben in der Örtlichkeit vor dem Hintergrund artenschutzrechtlicher Vorgaben umsetzbar sind. Um artenschutzrechtliche Konflikte frühzeitig zu vermeiden, wurde für die nachfolgende Genehmigungsplanung ein artenschutzfachliches Gutachten erstellt, welches – sofern erforderlich und auf der Flächennutzungsplanebene ersichtlich – auch geeignete Vermeidungs- bzw. Minderungsmaßnahmen (auch CEF-Maßnahmen) beinhaltet um Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG zu vermeiden. Insgesamt sind daher keine artenschutzrechtlichen Konflikte ersichtlich, die eine Vollzugsfähigkeit des Planes in Frage stellen. Eine entsprechende Umsetzung der Darstellung ist aus artenschutzrechtlicher Sicht möglich.

Auch die weiteren, im Umweltbericht betrachteten Schutzgüter werden durch den STFNP Wind voraussichtlich nicht erheblich nachteilig betroffen, da durch die Ermittlung von Konzentrationszonen unter Beachtung der sogenannten „harten“ und „weichen“ Tabukriterien i.d.R. eine Anpassung der Konzentrationszone in den Bereichen in denen mit voraussichtlichen erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen gewesen ist vorgenommen werden konnten. Gleichwohl ist eine vergleichsweise geringfügige Inanspruchnahme der Schutzgüter Boden und Fläche baubedingt unumgänglich und entsprechend abwägend zu berücksichtigen. Diese fällt zu Gunsten der Windenergienutzung aus, da das beabsichtigte konkrete Repowering-Vorhaben im Bereich der 1. Änderung mit der Abrüstung zweier bestehender Anlagenstandorte verbunden ist.

Bei Nicht-Durchführung der Planung würden die derzeit bestehenden Konzentrationszonen für die Windenergienutzung des Flächennutzungsplanes bestehen bleiben. Ein Repowering-Vorhaben wäre aufgrund der Darstellung des STFNP Windenergie nicht möglich.

Die erforderliche Datenerfassung für die Umweltprüfung erfolgte anhand vorliegender Informationen zum städtebaulichen und ökologischen Zustand des Änderungsbereiches bzw. der auswirkungsrelevanten Umgebung. Insbesondere wurden die im Rahmen des beabsichtigten Repowering-Vorhabens für die Genehmigungsplanung erarbeiteten Bauantragsunterlagen ausgewertet.

Gem. § 4c BauGB sind die vom Flächennutzungsplan ausgehenden erheblichen Umweltauswirkungen von den Städten und Gemeinden zu überwachen. Hierin werden sie gem. § 4 (3) BauGB von den für den Umweltschutz zuständigen Behörden unterstützt.



Technische Verfahren wurden für die Erarbeitung der vorliegenden 1. Änderung nicht erforderlich. Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Angaben für den Umweltbericht traten nicht auf.

## 11 Referenzliste der Quellen

- Enveco GmbH (Juli 2020): Schallimmissionsprognose Windenergieprojekt Ochtrup Repowering. Münster.
- Geologischer Dienst NRW (o.J.): Bodenkarte 1: 50.000 Nordrhein-Westfalen. Online unter: [www.gd.nrw.de](http://www.gd.nrw.de). Abgerufen: November 2021
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen: Fachinformationssystem Klimaanpassung (FIS). Online unter: <http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de>. Abgerufen: November 2021
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen: Schutzwürdige Biotop in Nordrhein-Westfalen. Online unter: <http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/de/karten/bk>. Abgerufen: November 2021
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen (2015): Unzerschnittene verkehrsarme Räume in Nordrhein-Westfalen. Online unter: <http://uzvr.naturschutzinformationen.nrw.de/uzvr/de/karte>. Abgerufen: November 2021
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2013): Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan Münsterland Regierungsbezirk Münster. Münster
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen: Fachinformationssystem ELWAS mit Auswertewerkzeug ELWAS-WEB. Online unter: [elwasweb.nrw.de](http://elwasweb.nrw.de). Abgerufen: November 2021
- Ökon (14.03.2022 -versehentlich mit dem Jahr 2021 auf dem Titel vermerkt): Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zur Windkonzentrationszone „Weiner Feld“ in Ochtrup. Münster
- Ökon (10.05.2021): Teil D: UVP-Bericht zum Repowering einer Windenergieanlage in Ochtrup. Münster.
- Ökon (10.05.2021): Teil C: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zum Repowering einer Windenergieanlage in Ochtrup. Münster.

- Ökon (10.05.2021): Teil A: Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Repowering einer Windenergieanlage in Ochtrup. Münster.
- Ökon (10.05.2021): Teil B: Ersatzgeldermittlung gemäß Windenergie-Erlass zum Repowering einer Windenergieanlage in Ochtrup. Münster.

Coesfeld, den 18.03.2022

Michael Ahn (Dipl.-Ing. Stadtplaner AKNW / DASL)

Laura Gindera (M.Sc. Forstwissenschaften und Waldökologie)

WoltersPartner Stadtplaner GmbH

Daruper Straße 15 · 48653 Coesfeld

## **Anhang**

- Änderungsplan
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zur Windkonzentrationszone „Weiner Feld“ in Ochtrup, Büro öKon, Münster, 14.03.2021